

RM Sudholz teilt mit, dass die SPD in der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschuss beantragt und mit Mehrheit beschlossen habe, den ersten Haushaltsentwurf 2017 erst nach der Kommunalwahl Mitte September vorzulegen. Die Verwaltung habe eine Sitzungsvorlage erstellt, so RM Sudholz, die den ersten Haushaltsentwurf erst für den November vorgesehen hat mit der Begründung, dass sich der neue Stadtrat erst einarbeiten müsse, und dass der Haushalt 2017 erst im neuen Jahr beschlossen werden soll. Die CDU-Fraktion halte dies aus den nachfolgenden zwei Gründen nicht für richtig:

1. Dieses Vorgehen würde dem geltenden Haushaltsrecht widersprechen, wonach der Haushalt des nächsten Jahres vier Wochen vor Ablauf des alten Jahres der Kommunalaufsicht vorzulegen sei.
2. Der Haushalt 2017 enthalte zahlreiche Unwegsamkeiten. Insbesondere sei derzeit völlig unklar, wie sich die VW-Krise auf den kommunalen Finanzausgleich und damit auf die Schlüsselzuweisungen des Landes für die Stadt Schortens auswirken wird. Vor dem Hintergrund, dass die Ratsgremien in der Zeit über zahlreiche Investitions- und Sanierungsprojekte diskutieren – im Gespräch seien u. a. der Grundschulstandort Glarum, die Sanierung und der Umbau des Bürgerhauses sowie die Erweiterung und vor allem Instandsetzung des Campingplatzes - sollte der erste Haushaltsentwurf, in den die Steuerschätzung von Mai einfließt, wie immer im Juni dieses Jahres vorgestellt werden.

Des Weiteren, so RM Sudholz, sollte sich der Rat ehrlich machen und vor der Wahl im September alle erforderlichen Informationen und Sachverhalte offenlegen.

RM Eggerichs erklärt, dass die Verwaltung den Beschlussvorschlag eingebracht hat, nach der konstituierenden Sitzung den ersten Haushaltsentwurf vorzustellen und dann im Februar abschließend darüber zu beraten. RM Eggerichs unterstreicht, dass diese Vorgehensweise dem Verfahren wie vor fünf Jahren entspricht. Ein Unterschied bestehe darin, dass es damals keinen Widerspruch gab, auch die damalige Mehrheitsgruppe habe sich dem angeschlossen und heute sei sie dagegen.

Begründet habe die Verwaltung den Vorschlag damit, so RM Eggerichs, dass die neuen Ratsmitglieder eine Chance haben sollen, den Haushalt – zumindest in groben Zügen – kennen zu lernen und daran mitzuarbeiten. Im Fachausschuss habe er den Kompromissvorschlag unterbreitet, nach der Kommunalwahl damit zu beginnen, um die neuen Mitglieder an den Beratungen vom ersten Schritt an beteiligen zu können.

Es sei nicht beschlossen worden, dass z. B. am 8. Dezember der Haushalt schon verabschiedet werden soll, sondern es sei nur der Eingang beschlossen worden und noch nicht der Ausgang. Es sei also durchaus möglich, wenn mehr Vorbereitungszeit benötigt werden sollte, den Haushalt im Februar zu beschließen.

Ein weiterer Grund für die Unterstützung des Beschlussvorschlages sei, dass es derzeit im Rat keine Mehrheitsgruppe gibt und mit wechselnden Mehrheiten gearbeitet wird. Es gebe zwar, so RM Eggerichs, eine Interessengruppe „Pro Aqua-Toll“ und eine Interessengruppe „Contra Aqua-Toll“, aber wie dies nach der Wahl aussehen wird, wisse keiner. Daher sei es ziemlich unsicher, ob die gleichen Interessengruppen noch bestehen werden, so dass die Beschlüsse, die vor der Kommunalwahl gefasst werden, eine kurze Lebensdauer haben könnten.

Weiter führt RM Eggerichs aus, dass der Haushaltsplan 2016 im Großen und Ganzen die Grundlage für den Haushaltsplan 2017 bildet und aus diesem eine Vielzahl von Informationen - wie u. a. das Investitionsprogramm und die mittelfristige Finanzplanung, die Schuldenentwicklung und auch die Genehmigung der Kommunalaufsicht - hervorgehen. Man verfüge also über viel Wissen, mit dem man in den Fraktionen und auch an den Wahlständen bzw. mit Flyern arbeiten kann. Dies müsse man nicht unbedingt durch eine Arbeit im Finanzausschuss belegen. Es sei nicht unbedingt Sinn eines Ausschusses, so RM Eggerichs, für den Wahlkampf benutzt zu werden.

RM Eggerichs teilt weiter mit, dass es bei der Verabschiedung des Haushaltes 2016 keine Gegenstimme gab und man daher eventuell auch im Sinne der neuen Mitglieder des Rates mit einer kürzeren Arbeit am Haushalt auskommen und dieser im Dezember beschlossen werden könnte. Dafür müsse sichergestellt werden, dass die neuen Mitglieder an den Beratungen in den Fraktionssitzungen schon vor der konstituierenden Sitzung im November teilnehmen können.

Es sei sogar möglich, so RM Eggerichs, dass nach der konstituierenden Sitzung der Haushalt wieder umgeschmissen wird. Das sei eine Gefahr seitens der Politik. Auf die andere Gefahr, nämlich die Steuerberechnungen, die noch nicht vorliegen und die den Haushalt noch einreißen könnten, habe RM Sudholz bereits hingewiesen. Die tatsächlich echte Arbeit an dem Haushalt könne dann erst im November geleistet und der Haushalt - falls möglich - im Dezember oder aber im Februar zur abschließenden Beratung vorgelegt werden.

RM Ottens unterstützt die Meinung des Ratsmitgliedes Sudholz, dass der Rat es den Bürger/-innen schuldig ist, sich vor der Wahl ehrlich zu machen. Dies könne der Rat nach Vorliegen der ersten Steuerschätzung im Mai tun. Dann könne prognostiziert werden, ob in dem Investitionsrahmen des Haushaltes 2017 die zurzeit schwebenden Maßnahmen – wie z. B. für eine neue Turnhalle in Glarum – Berücksichtigung finden könnten.

RM Ottens hält es für ehrlicher, den Bürger/-innen bereits während des Wahlkampfes mitteilen zu können, welche Maßnahmen wirklich realisiert werden können. Daher werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

RM Homfeldt erklärt, dass RM Ottens ein wichtiges Argument geäußert habe, nämlich dass sich der Rat ehrlich machen müsse. Es werde immer darüber gesprochen, dass Bürger/-innen schnell politikverdrossen sind und nicht nachvollziehen können, was hier alles so passiert. Und genau das,

was RM Ottens gesagt habe, sei ein Punkt. Der Rat spreche über die Schulstandorte, das Aqua-Toll, das Bürgerhaus, den Campingplatz, die Erschließung des Gewerbegebietes Branterei – und damit über eine Summe in Millionenhöhe.

Im Augenblick, so RM Homfeldt, sei dem Rat gar nichts zum Haushalt 2017 bekannt und er wisse eben auch nicht, was seitens der Verwaltung geplant sei. Auch dies sei ein wichtiger Hinweis. Es stelle sich die Frage, wo die Verwaltung Punkte für Sanierungen, für Investitionen etc. sieht. Darauf habe RM Sudholz zu Recht hingewiesen und damit einen Hinweis der Verwaltung aufgenommen, dass die zukünftigen Haushaltsplanungen von der großen Unsicherheit „Kommunaler Finanzausgleich“ geprägt sein werden.

RM Homfeldt berichtet, dass die Stadt Wolfsburg zwei Tage nach dem Bekanntwerden der VW-Krise eine Haushaltssperre und einen Einstellungsstopp verhängt hat, da sie nicht weiß, was mit ihren Steuereinnahmen passieren wird. Am letzten Wochenende, so RM Homfeldt, habe der VW-Konzern für das Jahr 2015 den größten Verlust der Konzerngeschichte bekannt gegeben mit etwas über 16 Milliarden Euro. Er gibt zu bedenken, dass dies im Falle der Geltendmachung einer Sofortabschreibung für die Stadt Schortens bereits ab dem Haushalt 2017 Folgen haben wird. Seine Fraktion hält es für angemessen, dass diese Zahlen vor der Wahl auf den Tisch kommen, damit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit herrschen.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des RM Eggerichs bestätigt RM Homfeldt, dass die CDU-Fraktion vor fünf Jahren keine Einwände gegen das Verfahren hatte. Er gibt zu bedenken, dass bei den bisher bekannten Kandidaten für die Kommunalwahl jede Menge bekannte Gesichter dabei sind und man daher nicht ganz bei null anfangen müsste. Zudem würden die neuen Kandidaten der CDU bereits jetzt an Fraktionssitzungen und Beratungen teilnehmen, so dass sie gut eingearbeitet sind. Die CDU-Fraktion, so RM Homfeldt, brauche diesen zeitlichen Vorsprung nicht, sondern Haushaltsehrlichkeit und Haushaltswahrheit.

RM Homfeldt erklärt, dass die CDU-Fraktion an den Wahlkampfständen keine Versprechen machen möchte, die sie am Ende vielleicht schon drei Monate später nicht mehr halten kann. Und deshalb sei es für den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ganz wichtig, jetzt damit zu beginnen, in die Haushaltsberatungen einzusteigen.

Bezug nehmend auf den Hinweis des RM Homfeldt zur Situation des „Kommunalen Finanzausgleichs“ teilt **BM Böhling** mit, dass sich nach den bereits vorliegenden Zahlen in diesem Jahr keine Auswirkungen ergeben werden. Die Zahlen zum Kommunalen Finanzausgleich 2017 werde die Stadt erst im November erhalten, so dass diese im Juni nicht vorliegen werden.

Zur aktuellen Entwicklung der Einkommenssteuerentwicklung teilt BM Böhling mit, dass die erste Zahlung für 2016 100.000,00 € höher ist als geschätzt. Er bestätigt, dass es Auswirkungen bei dem Kommunalen Finanzausgleich geben kann, die aber die Stadt Schortens nicht so treffen werden wie die Standorte der VW-Werke Emden, Wolfsburg usw.

Es folgen Redebeiträge der Ratsmitglieder Eggerichs und Homfeldt.